

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947**

524 (14.6.1947)

SAMSTAG
14.
JUNI
1947
3. Jahrgang
No 524
30 Pfg.

DEUTSCHE AUSGABE

Nouvelles de France

NACHRICHTENBLATT

DIREKTION
REDAKTION
ADMINISTRATION
Marktplatz 4
KONSTANZ
ANZEIGEN:
Agency Bava
Marktplatz 4
KONSTANZ
und
München

NACH DEM INKRAFTTRETEN DER VERFASSUNGEN

DAS Regime, unter dem Deutschland nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 stand, war in seinen großen Linien durch das Potsdamer Abkommen bestimmt. Die absolute Macht, ebenso wie die absolute Verantwortung lag bei den Militärregierungen, denen von den Staatsmännern ihrer respektiven Länder die Aufgabe gestellt worden war, in Deutschland eine demokratische Verfassung zu errichten. Diese Verfassung sollte die deutsche Volk zu demokratischen Ideen zu erziehen. In Verfolg dieser Politik hatte der französische Oberbefehlshaber in Deutschland am 4. Dezember 1945 eine Erklärung erlassen, nach der in den Ländern Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz im Rahmen des Erlasses vom 8. Oktober 1945 provisorische Regierungen Gesetz und Anordnungen erlassen könnten, die bis zum Inkrafttreten neuer Verfassungen Gültigkeit hätten. Diese Verfassungen waren von den provisorischen Landesversammlungen vorbereitet.

Verordnung Nr. 95 über die Machtbefugnisse der Länder der französischen Zone

Der französische Oberkommandierende für Deutschland hat folgende Anordnung erlassen, die im „Journal Officiel“ bekanntgegeben wurde:

Der Commandant en Chef Français in Allemagne erläßt auf Vorschlag des Administrateur General-Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation nach Anhörung des Comité Juridique unter Bezugnahme auf:

Dekret vom 15. Juni 1945 über die Errichtung eines Commandement en Chef Français in Allemagne, abgeändert durch Dekret vom 18. Oktober 1945.

Verordnung Nr. 1 vom 28. Juli 1945 über die Aufrechterhaltung der vier Commandements Suprême Interallié oder in seinem Namen erlassenen Verordnungen und Bestimmungen.

Verordnung Nr. 87 vom 16. April 1947 betreffend Volksabstimmung über die Verfassung und Wahl der Mitglieder des Landtags in den einzelnen Ländern.

Kundgebungen des Commandant en Chef Français in Allemagne vom 4. Dezember 1945 und 8. Juni 1947 folgende Verordnung:

- Artikel 1. Die deutschen Behörden eines jeden Landes üben die Machtbefugnisse aus, deren Träger sie kraft der Verordnung geworden sind, die bei der Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 Annahme gefunden haben. Bei der Ausübung dieser Machtbefugnisse sind die Vorschriften zu beachten, die durch interalliierte Gesetze oder vom Conseil de Contrôle und dem Commandement en Chef Français in Allemagne erlassen worden sind oder erlassen werden.
- Artikel 2. Der Gesetzgebungsgewalt der Länder einzigen und dem Commandement en Chef Français in Allemagne vorbehalten sind folgende Gebiete:
1. Wiederherstellung und Wiedergutmachung gegenüber den anderen Ländern.
 2. Umsiedlung der Bevölkerung und Behandlung der verschleppten Personen.
 3. Gesetzgebung auf dem Gebiete des internationalen Strafrechts.
 4. Anforderungen der Besitztumschaft.
 5. Abrüstung auf militärischem, industriellem und wissenschaftlichem Gebiet.
- Artikel 3. Der Commandant en Chef Français in Allemagne hat sich die Gesetzgebungsgewalt für diejenigen Gebiete der Wirtschaft vorbehalten, auf denen eine Anpassung der Länder notwendig ist. Aufstellung dieser Gebiete wird mittels Verfügung des Administrateurs General-Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation späterhin erfolgen.

Kartelle und Konzerne in der französischen Zone werden aufgelöst

Baden-Baden, 13. Juni. Die Militärregierung teilt mit: Die ohnehin sehr weit vorgeschobene Konzentrierung der deutschen Wirtschaft wurde in den letzten zwanzig Jahren, besonders jedoch durch den Nationalsozialismus auf ein außerordentlich hohes Maß getrieben und wurde so zum Instrument der Kriegsvorbereitung. Durch die Bedrohung des Friedens tragen die Kartelle, Kartelle und Trusts zum Verderb des deutschen Volkes bei.

Tatsächlich erlaubt ihnen ihre gleichsam monopolistische Macht sowohl das freie Spiel der Konkurrenz aufzuheben, als auch das Gewicht des Marktes durch Preismanipulation zu verfehlen.

Aus diesem Grunde haben die französischen Behörden beschlossen, diese übersteigerte Konzentrierung im Rahmen des deutschen Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft auf friedlicher und demokratischer Grundlage aufzuheben.

Durch eine Anordnung vom 13. Juni 1947 hat der französische Oberkommandierende in Deutschland die übersteigerte Konzentrierung der deutschen Wirtschaft verboten. Unter dieses Verbot fallen alle Unternehmen, die direkt oder indirekt mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigen oder deren Aktiva 50 Millionen Reichsmark erreichen oder übersteigen.

Der Zeit der rein militärischen Besetzung war also ein zweiter Abschnitt gefolgt, der als konstitutionelle Provisorium anzusehen war. Sein politisches Gesicht hat er nicht nur durch die Vorbereitung möglicher Verhältnisse empfangen, sondern zumindest im gleichen Maße durch die Reinigung und Entnazifizierung, die auch im neuen Abschnitt, der sich jetzt anschließt, noch fortzuführen sein wird.

Dieser neue Abschnitt wurde durch die Wahlen und Volksabstimmungen vom 18. Mai 1947 eingeleitet und erhält nunmehr seine juristische Grundlage durch die Erklärung, die der General-König gestern durch die Gouverneure in den drei Landtagen von Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz zur Kenntnis der Versammlungen gebracht hat. Sie wird durch ein Gesetz, das in der heutigen Ausgabe des „Journal Officiel“ erscheint und durch eine Zusatzverordnung, die nicht endgültig und verändert werden kann, wenn die Befugnisse der Landesregierungen erweitert werden, ergänzt. Danach tritt nunmehr der staatsrechtlich verfassungsmäßige Zustand in den drei Ländern der französischen Zone ein, wie er zum richtigen Funktionieren einer Demokratie notwendig ist. Wie sagen ausdrücklich „richtiges Funktionieren“ und wollen damit erkennen lassen, daß der Apparat erst im Anlauf ist, also noch auszubilden sein wird, und das ist nur normal, wenn man bedenkt, daß die Demokratien der anderen Länder nicht von heute auf morgen gekommen sind, sondern einer historischen Entwicklung und der Ausbildung einer Überlieferung bedürftig, so daß niemand erstaunt sein kann, wenn die Erklärung des General-König, die Annahme der Verfassungen durch die Abstimmungen vom 18. Mai 1947 als „einen weiteren Schritt zur Errichtung einer Demokratie in den einzelnen Ländern der Zone“ darstellt, Politik will gelernt sein, wie irgend etwas anders.

Wenn auch in Zukunft „die deutschen Behörden der drei Länder im Rahmen der Vollmachten handeln können, die ihnen durch die Verfassungen gegeben sind“, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Landesregierungen in ihrer Souveränität notwendigerweise weiterhin durch die Tatsache der militärischen Besetzung eingeschränkt sind, die nach menschlichem Ermessen eine völkerrechtliche Veränderung erst bei Abschluß des deutschen Friedensvertrags erfahren kann. Daraus folgt, daß der im heutigen „Journal Officiel“ veröffentlichte Erlaß die Voraussetzungen bestimmen wird, unter denen die Regierungen der Länder ihre Rechte ausüben können.“ Sie müssen „mit den interalliierten Bestimmungen und den Rechten der Besatzungsmacht übereinstimmen“. Somit erklärt dieser Erlaß „gleichfalls die Rechte, die dem französischen Oberbefehlshaber für Deutschland auf Grund der interalliierten Vereinbarungen bleiben“, ebenso über die Fragen, „als die Kompetenzen der Landesregierungen überschreiten, falls sich dies als notwendig erweist“. Die zuvor genannte „Zusatzverordnung“ wird die Fälle auf-

APRES LA CONFERENCE INTERNATIONALE SOCIALISTE

Le contact est repris avec la social-démocratie allemande

ZÜRICH. — On sait que la conférence internationale socialiste, à entre autres décisions prise celle d'envoyer une commission spéciale à Nuremberg où elle prendra part, du 29 juin au 2 juillet, au congrès de la social-démocratie allemande. M. Salomon Grumbach, délégué français à Zurich et qui a été désigné pour représenter la S.F.I.O. à Nuremberg, a constaté que « pour la première fois depuis quinze ans, un contact organique sera ainsi rétabli entre le socialisme international et le parti socialiste allemand en train de renaitre ».

SUITE EN PAGE 3

LA SITUATION POLITIQUE

LE GOUVERNEMENT SORT RENFORCE DE L'ÉPREUVE QUE FUT LA GRÈVE DES CHEMINOTS

A U Palais-Bourbon et dans les milieux touchant de près la présidence du Conseil, la nouvelle de la reprise du travail par le personnel des chemins de fer a été enregistrée avec une satisfaction mesurée comme d'ailleurs la nouvelle de la grève y avait été accueillie avec calme.

Ainsi a été démontré, une fois encore, que les bruits du dehors sont singulièrement atténués lorsqu'ils pénètrent dans l'intérieur du Parlement et des départements ministériels.

Les observateurs sont en général d'accord pour estimer que le gouvernement sort renforcé de l'épreuve qu'il vient de supporter, épreuve dont la fédération du rail, et d'une manière plus générale le mouvement syndical, a eu, semble-t-il, plus à souffrir.

Il paraît, en effet, que les comités de grève ont plutôt ordonné la reprise du travail parce qu'ils étaient satisfaits de l'accord de la nuit de mercredi à jeudi qu'à la suite de l'appel des fédérations de cheminots. De là à conclure que le parti communiste a été lui-même touché, il n'y avait qu'un pas que de nombreux commentateurs ont franchi. La suite des événements montrera s'ils ont eu tort ou raison.

Ce qui ressort nettement, par contre, des derniers conflits sociaux, c'est que les éléments ouvriers extrémistes cherchent à prendre une influence marquée et qu'ils y réussissent dans certains cas.

SUITE EN PAGE 6

Une conférence de presse du général Marshall sur la politique mondiale

WASHINGTON. — M. Marshall, secrétaire d'Etat américain aux Affaires étrangères, a passé en revue les principaux problèmes de la politique mondiale au cours d'une conférence de presse.

Après le discours de Harvard, le gouvernement des Etats-Unis attend maintenant la réponse de l'Europe qui doit être donnée d'ici son plan général de relèvement économique. Jusqu'ici aucun pays d'Europe n'a répondu à l'initiative américaine.

A la fin de sa conférence de presse, M. Marshall a précisé qu'il ignorait encore s'il pourrait se rendre à Rio de Janeiro pour l'ouverture de la conférence des Républiques américaines.

Abordant ensuite la situation dans les Balkans, M. Marshall a fait savoir que le département d'Etat n'avait encore reçu aucune réponse de l'U.R.S.S. au sujet de la proposition américaine sur les événements de Hongrie. La situation dans les Balkans, qui prend une nouvelle tournure depuis quelques temps, exige que le traité austro-turcien avance rapidement.

LE PLAN D'AIDE AMERICAINE A L'EUROPE

Les milieux bien informés de Washington croient avoir que le président Truman, le général Marshall et leurs conseillers, seraient tombés d'accord sur le fait que le relèvement de l'Europe exigera des crédits de l'ordre de 15 à 24 milliards de dollars. Le plan gouvernemental économique en même temps à se préciser.

Mais son application dépend de deux facteurs importants, dont le premier est le vote des crédits nécessaires par le Congrès qui manifeste peu d'enthousiasme à cet égard et le second la mise au point du plan économique européen et son acceptation par les pays intéressés.

Quant au traité avec l'Allemagne, il n'en est même pas au stade préliminaire.

Seul, le problème coréen est saisi avec satisfaction par le secrétaire d'Etat américain. La commission mixte américano-soviétique qui siège à Séoul, a en effet élaboré un accord sur la procédure à suivre afin d'arriver à l'établissement d'un gouvernement coréen provisoire.

MAIS SON APPLICATION DÉPEND DE DEUX FACTEURS IMPORTANTS

Si ces deux points sont obtenus, l'aide économique à l'Europe sera soumise à deux organismes : l'un, américain, jouera le rôle de répartiteur, l'autre, européen, assurera que chaque pays tire le meilleur parti de l'aide qui lui est octroyée.

Baden-Baden, den 8. Juni 1947.

Le général d'Armée Koenig
Commandant en Chef Français
en Allemagne.
(Gen.) F. Koenig.

LA SITUATION A BUDAPEST

Après une séance orageuse le Parlement accorde LES PLEINS POUVOIRS AU GOUVERNEMENT

BUDAPEST. — La dernière séance du Parlement hongrois s'est terminée dans le plus grand tumulte après s'être déroulée dans une atmosphère de tension extrême. Les ports-paroles du parti de la liberté (opposition de droite) et des « sans-parti » ont en effet annoncé leur intention de refuser leur confiance au nouveau gouvernement.

« Il n'y a en Hongrie ni liberté de la presse ni liberté d'opinion. La terreur la plus complète règne dans tout le pays », s'est écrié M. Suleyk au nom des indépendants.

Malgré cette forte opposition, les pleins pouvoirs ont été accordés au gouvernement Dinay pour une durée de quatre mois. La droite et une vingtaine de députés petits propriétaires ont voté contre.

COMMENTE AUX COMMUNES LE REFUS DE M. MOLOTOV

LONDRES. — M. Hector Mac Neil, ministre d'Etat britannique, a déploré le refus auquel s'est heurté le Foreign Office auprès de M. Molotov qui n'a pas accepté de donner des éclaircissements sur la politique soviétique en Hongrie.

« Le gouvernement britannique, a-t-il dit, déplore la réponse de son allié à notre demande d'éclaircissements, car c'est précisément pour éviter la possibilité de malentendus qu'il a tenté d'obtenir des renseignements. Le gouvernement britannique n'a porté aucune accusation contre son allié soviétique. »

L'effort français et l'industrie en Sarre

(De notre correspondant particulier J. Glachino)

L'ORSQU'ON arrive en Sarre par chemin de fer, la tristesse et l'uniformité du paysage sont les premières impressions qui s'inscrivent dans notre esprit et créent cette ambiance austère et laborieuse qui nous accompagnera tout au long de notre voyage. Après les riches et verdoyants coteaux du Sud-Badois et les horizons du Bodensee, le sentiment du voyageur est analogue à celui de l'écolier lors de la rentrée des classes automnale.

SARREBRÜCK, 13 juin.

Jusqu'à Sarrebruck, ce ne sont que hauts fourneaux, cheminées aux proportions gigantesques qui vomissent des flammes et s'environnent de nuages de suie, files de wagons chargés de houille au long des remblais et des entrepôts caillouteux, villages de mineurs modestes, bois malgrés et prairies sales.

La ville principale de la Sarre reste dans l'harmonie, si l'on peut dire, de son cadre; elle accente même cette note de monotonie propre aux pays miniers, par un amoncellement impressionnant de ruines.

Une seule note claire, le siège du gouvernement militaire régional installé dans l'ancien bâtiment du Finanzamt. Se dressant sur une immense esplanade assolée, il présente sa façade principale à la Sarre. Une visite dans ses locaux modernisés nous



SUITE EN PAGE 3

Deutsche Inhaltsübersicht

- Seite 1 Ein neuer Abschnitt (siehe Seite 4)
- Seite 2 Briefmarken: Im Pariser Postmuseum Ungarische Postmarken Französische Presse schreibt Das Ausland schreibt
- Seite 3 Nachrichten aus dem Ausland Der Krieg ohne Kriegserklärung Amerikanische Proteste zur Ungarnkrise
- Seite 4 Nachrichten aus Deutschland „Wochen der Dichter“ und die Frage der Journalisten Buchbesprechungen Programm — Der Internationale Deutsche Presserath Berlin
- Seite 5

L'effort français et l'industrie en Sarre

SUITE DE LA PREMIERE PAGE

l'appareil administratif. Cette simple phrase est révélatrice. Où êtes-vous fonctionnaires, où sont vos manches de lustrine et vos éternels ronds de cuir ?

Je ne veux pas affirmer que l'idéal serait d'être dirigé chez X parce qu'il est boxeur ou chez Y parce qu'il est champion de catch. Mais il n'en demeure pas moins réconfortant de savoir l'administration assurée par des hommes jeunes et actifs.

Ceci explique cela, et si nous étudions les résultats acquis dans le domaine économique en Sarre, nous retrouverons toujours à la base les marques de cette activité, de ces initiatives audacieuses qui sont propres aux administrations jeunes.

L'INDUSTRIE HOULIERE

Après de longues années de guerre, la Sarre offrait l'aspect d'un vaste champ de bataille. Telles qu'elle apparut aux premiers Français venus prendre en main ses destinées, ce n'était plus qu'un pays abattu, bouleversé dans ses couches, les plus profondes, sans institutions, ruiné économiquement. Transformée en un vaste chantier, nous verrons comment en deux années, elle fut ramenée à la vie, son industrie renflouée et son économie équilibrée. Avant que d'aborder l'étude de ce développement, et pour mieux fixer l'utilité de ces efforts, il convient de rechercher à l'origine les causes de son importance.

L'industrie houillère, comme chacun le sait, est la principale richesse de la Sarre. Son bassin s'étend sur une longueur d'environ 100 kilomètres pour une largeur de 20 à 40 kilomètres. Il est coupé en son milieu par la Saar qui coule du sud-est au nord-ouest. Sa richesse a été diversément évaluée : la dernière estimation remonte à 1913, lorsque le congrès géologique de Toronto l'a fixée à 16 milliards et demi de tonnes, dont plus de 10 milliards au-dessous de 1.300 mètres de profondeur. Ouvrons en passant une parenthèse sur la qualité du charbon extrait, dont 1/3 environ est un charbon gras, pour une proportion de 35 à 42 % du charbon sec et flamboyant.

Pendant la Révolution française, le droitier affirmait les mines par contrat daté de l'an V à la société Equer qui s'engageait à verser 1.200 fr. par an. Napoléon visita et fit prospecter le bassin sarrois par nos mineurs les plus réputés. Il créa l'école des mines de Geislarthaus. Le contrat Equer prenant fin, l'exploitation fut menée pour le compte de l'Etat prussien jusqu'au traité de 1815 qui transféra ces mines parties à la France, parties à la Bavière. Il est bon de rappeler que les ingénieurs français, Beaunier, Calmelet et Dubanet procédèrent à l'époque à des études remarquables du bas-

sin sarrois, dont la stabilité en elles-mêmes demeure évidente.

De 1815 à 1918, les mines furent comme la Sarre elle-même placées sous la domination prussienne. Pendant les années qui suivirent sa victoire en 1871, la Prusse grise voulait germaniser la région de la Sarre, et lui appliquer le même régime qu'à l'Alsace-Lorraine.

En 1918, en compensation de la destruction des mines de charbon des bassins nord et est de la France, l'Allemagne céda à la France, la propriété avec droits exclusifs d'exploitation des mines de charbon du bassin sarrois.

La Sarre avait alors 1.883 kilomètres carrés et plus de 750.000 habitants. Sa richesse principale était le charbon, dont les réserves, très importantes avaient été évaluées à neuf milliards et demi de tonnes jusqu'à la profondeur de 1.320 mètres et pouvaient donner de 13 à 15 milliards de tonnes par an. Mais les mines étaient alors en pitoyable état, car, durant la guerre 1914-1918, matériel et installations avaient considérablement souffert. La France reconstruisit les stocks d'approvisionnement et remplaça le matériel usé. L'équipement du port de Sarrebruck fut complètement transformé, ce qui permit d'utiliser à plein les canaux. Le résultat ne se fit pas attendre. Dès 1924, la production atteignit près de 15 millions de tonnes, dépassant d'un million de tonnes, celle de 1913.

Après la chute du mark en 1923, l'introduction du franc en Sarre, réclamée par les Sarrois eux-mêmes, sauva la classe moyenne de la ruine, évita au prolétariat les salaires de famine et sauvegarda ses assurances sociales.

Les mineurs, autrefois des parias, devinrent des hommes libres et heureux, dont le logement et le ravitaillement demeura assurés. Dès 1925, en fait, la Sarre était en état de complète fusion économique avec la France.

Nous examinerons demain l'essor industriel de la Sarre.

J. G.

Une affaire d'espionnage SERAIT A L'ORIGINE de l'incident sino-mongol

NANKIN. — Après l'incident provoqué par l'entrée des troupes mongoles en Chine, l'ambassadeur populaire chinois aurait accusé l'U.R.S.S. d'avoir violé le traité sino-soviétique de 1945. Cependant, bien qu'une nouvelle tension dans les relations sino-soviétiques soit la conséquence directe de ces incidents, tout confirme que la Chine cherche à éviter une crise grave. M. Ousang Chih Tchih, ministre des Affaires étrangères de Chine, a indiqué que son gouvernement n'envisage pas de porter l'affaire devant l'O.N.U., mais assiera de la régler directement avec les puissances en cause.

Selon un porte-parole du gouvernement chinois, la découverte d'une affaire d'espionnage serait la cause des incidents. Dans le district de la province du Singkiang, les autorités chinoises avaient découvert que des agents soviétiques faisaient des recherches pour découvrir des mines intéressantes. Lorsque le gouvernement de Nankin protesta contre l'activité des agents russes ceux-ci se refusèrent à quitter le sol chinois. Ils furent alors faits prisonniers et peu après un groupe de soldats mongols pénétra dans la province du Singkiang. De nouveaux renforts mongols furent envoyés et l'affaire prit les proportions que l'on sait.

Aux dernières nouvelles, la ville de Pateihan a été prise par les troupes mongoles puis reprise par les troupes chinoises et serait accusée à un bombardement sévère. Le ministre chinois de la Défense nationale est parti pour Pateihan muni des pleins pouvoirs de Tchchang Kai Check.

WASHINGTON. — Le secrétaire à l'Agriculture a annoncé la suppression de rationnement du sucre, pour les ménages, hôtels et restaurants aux U.S.A.

BOSTON. — L'ancien sénateur américain David Walsh est mort d'une hémorragie cérébrale. Il était âgé de 74 ans.

L'Autriche et la Tchecoslovaquie VEULENT RESTER DES "NO MAN'S LAND"

Il semble ainsi à première vue, et même tentant, de grouper sous une même rubrique les événements qui se déroulent actuellement dans les capitales de l'Europe centrale et des Balkans et dont nous avons longuement commenté les développements dans nos derniers numéros.

Ce serait cependant un peu sommairement juger les choses que de parler d'un renforcement général du bloc oriental et d'une mise au pas politique et économique des pays de l'est de l'Europe.

Ce qui est vrai, à des degrés différents d'ailleurs, pour la Hongrie, la Bulgarie et la Roumanie, pays où l'épuration a marché bon train au cours des derniers semaines, semble l'être beaucoup moins, du moins dans l'immédiat, pour l'Autriche et la Tchecoslovaquie.

En Autriche, des bruits prématurés avaient annoncé un changement d'orientation dans la politique du pays qui se serait traduit sur le plan intérieur, par le renforcement de la participation communiste au pouvoir, et sur le plan extérieur, par un rapprochement vers l'Est.

Or, il apparaît de plus en plus qu'il n'en est rien. L'Autriche, pays

L'effectif de l'armée grecque sera augmenté de 50.000 hommes

ATHENES. — L'état-major de la VIIIème division gouvernementale grecque communique qu'une patrouille albanaise a pénétré dans le village grec de Palamba, au Epirus du Nord, à proximité du canal de Corio.

La patrouille en question, précise le communiqué, s'est retirée sans riposter au feu des gardes-frontières grecs.

On apprend, d'autre part, d'Athènes, que le gouvernement a pris des décisions en vue d'augmenter l'effectif de l'armée grecque. 20.000 hommes seront incorporés sous peu et avant la fin de l'année l'augmentation prévue atteindra 50.000 hommes.

Ces mesures qui ont été décidées sur la demande de l'état-major grec, ont été approuvées par le gouvernement des Etats-Unis.

L'AMBASSADEUR GREC A MOSCOU PART POUR STOCKHOLM

MOSCOU. — M. Albanas Politis, ambassadeur de Grèce en U.R.S.S., est parti par le train pour Stockholm. Le fait que l'ambassadeur emporte des bagages considérables fait douter les milieux diplomatiques de son retour prochain.

La commission d'enquête sur la question royale belge va publier son rapport

BRUXELLES. — Chargée d'établir « son point de vue » sur la défense ni un jugement, mais un rapport objectif circonstancié, strictement conforme à la vérité sur ce que fut l'attitude du roi depuis l'année 1935, une commission spéciale va publier ses conclusions dans une huitaine de jours.

Das Ausland schreibt:

GROSSBRITANNIEN

Die Zukunft Deutschlands

Die "Times" kommt noch einmal auf die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in München zu rück. „Am erstenmal seit dem Zusammenbruch und Beendigung des Zweiten Weltkrieges mit eigenen Vorschlägen von Wiederaufbau des Landes zusammengekommen. Es ist nicht nur ein stolischer Zufall, wenn sie damit so kurz nach dem Abschluss des anglo-amerikanischen Abkommens betrete die Entscheidung eines deutschen Wirtschaftsplanes vorzutreten. Im Geiste der Deutschen bedeutet dieses Abkommen und alles was damit zusammenhängt, das heißt also der schließliche Zusammenbruch, das Ende der bisherigen Ära in der Luftschwebenden Politik und den Beginn einer neuen Ära der bewährten, geordneten Aufbau.“

Von deutscher Seite kam der Widerstand sofort und gleich mit unzähligen Fiktionen. Herr Lübke's Vorschläge in Hinsicht auf den Wiederaufbau des Landes werden die Schaffung von Arbeitsplätzen, die eine Wiederholung der letzten Zeit verhindern können. Es heißt weiter die Gefahr von Getreide und Mehl. Nach reichlicher Überlegung sind die Deutschen so weit, daß sie zugeben, die Deutschen in der von den Engländern besetzten Zone seien gewissermaßen die Mittelschicht Großbritannien und nicht die Schicht des Reich. Von letzteren ist keine auf ihre Bedürfnisse berücksichtigte zu werden. Es heißt also von Anfang an klarzustellen, daß wenn es auch Großbritannien Pflicht ist, über die Befriedigung der deutschen Bedürfnisse zu wachen, kein irgendwelches moralisches Verrecht auf diese Befriedigung besteht.

In Deutschland wie in Großbritannien ist die Kritik des wirtschaftlichen Element für das gesamte industrielle Leben. Ihre Erregung ist unvollständige Grundbedingung für die geschäftliche Betätigung mit Nahrungsmitteln, soll das Land leben und auch seine Anforderungen befriedigen.

Abgesehen von dieser Grundbedingung muß man auch nach die Zukunft der Engländer in Betracht ziehen. Man bemerkt bei ihnen, wie bei den politischen Lehrern, eine Periode des Übergangs zwischen Getreide und Unternehmensegeist. Genau wie seine Arbeitslosen in anderen Ländern ist der deutsche Bergmann an der Führung seiner Industrie beteiligt. Er kann sich nicht in die Wirtschaft werfen, wenn es um die Verteilung der Früchte seiner Arbeit geht, wenn es sich darum handelt, zu bestimmen, was als Reparationsleistung ausgeführt werden muß oder was für die Wirtschaft des eigenen Landes zu verbleiben hat. Er möchte auch wissen, was der englische Arbeiter seiner Industrie sein wird und schreit der Schaffung eines öffentlichen Kontrollsystems nicht abgeneigt.

Von wirtschaftlichen Standpunkt aus wäre es natürlich vorteilhaft, eine Zentraldirektion für eine Industrie über das ganze Land vorzuziehen. Doch verlangt die europäische Sicherheit über eine lokale Leitung. Besonders Frankreich würde sich — und mit Recht — der Bildung einer deutschen Regierung widersetzen, die nach dem Aufbau der Besetzung über einen Teil der industriellen Mittelgewinne des Landes frei verfügen könnte.

Es ist gut, alle diese Fragen in Erwägung zu ziehen in einem Augenblick, in dem, nach den Worten Sir Stollie Douglas, das anglo-amerikanische Übereinkommen der Bevölkerung der zwei Zonen die Möglichkeit gibt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau in zwei Ländern selbst in die Hand zu nehmen. Die Initiative des deutschen Minister ist mit Wohlwollen aufgenommen worden, doch dürfen die Betreffenden in ihrem Eifer, neue Hoffnungen zu erwecken, nicht die traurigen Erfahrungen vergessen, mit denen Deutschland die Vergangenheit gekennzeichnen hat, und nicht so tun, als würden sie nichts von der Ursache, auf die es auch in der Gegenwart betrachtet werden muß.

Die ungarische Krise „Manchester Guardian“ beschäftigt sich mit der Krise in Ungarn. „Es ist wenig wahrscheinlich, daß man etwas zu dem wird ändern können, was belächelt Berlin und Wien vor sich gegangen ist. Bestimmt hat die derzeitige Einstellung der Vereinigten Staaten mehr Unheil als Segen gestiftet, da die der kommunistischen Parteien dieser Länder erlaubt hat, sich als Vorkämpfer für die nationale Unabhängigkeit und den Fortschritt auszugeben. Wenn die Länder Westeuropas sich nicht zusammenschließen, kann weder der amerikanische Dollar noch sonst irgend etwas auf der Welt den Versuch der UdSSR gegen Westen dämmen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Die ungarische Krise „Manchester Guardian“ beschäftigt sich mit der Krise in Ungarn. „Es ist wenig wahrscheinlich, daß man etwas zu dem wird ändern können, was belächelt Berlin und Wien vor sich gegangen ist. Bestimmt hat die derzeitige Einstellung der Vereinigten Staaten mehr Unheil als Segen gestiftet, da die der kommunistischen Parteien dieser Länder erlaubt hat, sich als Vorkämpfer für die nationale Unabhängigkeit und den Fortschritt auszugeben. Wenn die Länder Westeuropas sich nicht zusammenschließen, kann weder der amerikanische Dollar noch sonst irgend etwas auf der Welt den Versuch der UdSSR gegen Westen dämmen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Es dürfte aber ebenso schwer sein, ein einziges Europa zu schaffen, das mit verdrängten Kräften in seinem Wiederaufbau geht, als überhaupt ein neues Welt zu bauen. Max kritisiert Bövis, weil er sich nicht beut, etwas zu unternehmen. Doch hat er vollkommen recht indem er bedrohlich vorweist in den kommenden Monaten wird England an einem Kompromiß arbeiten müssen. Wir müssen verstehen, die Vereinigten Staaten zu beinhalten, daß sie nicht so offener Angriff gegen die UdSSR vorgehen.“

Comment les Américains envisagent la "sauvegarde de la paix"

NEW-YORK. — Une commission spéciale chargée d'étudier les moyens à prendre pour éviter une nouvelle guerre vient de publier un rapport dont les conclusions sont les suivantes, étant bien entendu que la première chose à réaliser est l'entente entre les Nations unies et les U.S.A. Il est nécessaire :

- 1) D'équiper d'une façon appropriée les Nations unies et de répartir entre elles les bases stratégiques mondiales.
- 2) De codifier aux Etats-Unis le contrôle de certains territoires et voies maritimes stratégiques.
- 3) D'élaborer des mesures de « discipline internationale » précises.
- 4) De former des commissions consultatives et techniques des Nations unies.

Enfin la commission propose également la création d'une « administration internationale pour l'Antarctique » qui serait placée sous le contrôle direct des Nations unies ainsi que l'établissement d'une « convention de Genève », garantissant la liberté des Dardanelles.

Après la conférence internationale socialiste

Cela veut dire, a-t-il ajouté, que les grands partis socialistes du monde entier ont la volonté de soutenir la social-démocratie en faveur d'une véritable démocratisation de l'Allemagne qui constitue l'une des conditions préliminaires essentielles pour le rétablissement d'un équilibre politique et moral dans ce pays.

Comme on le voit, malgré que le parti social-démocrate n'ait pas obtenu la majorité des deux tiers pour être admis à participer aux débats de la conférence de Zurich, le contact a été néanmoins repris avec lui par l'organisation internationale socialiste.

La question allemande n'a donc été qu'ajournée. Elle sera débattue à Nuremberg. La commission spéciale désignée y élaborera un rapport dont les conclusions seront à l'ordre du jour de la prochaine conférence qui se réunira en Belgique en décembre.

Radio-Franck
RADIO PHONOS
DISQUES
ARTICLES
ELECTRO-MÉNAGERS
STRASBOURG
4, PLACE DE L'HOMME DE PEU

Stellenangebot
Französische Familie in Konstanz sucht
dipl. Kinderpflegerin
Bekleidung und Unterkunft gesichert.
Offerte mit Referenzen zu richten an
Monsieur Seugens,
Nouvelles de France, Konstanz

WILLY HADCKER, (224) Hohenwepfen-Bühel, bietet mit 35 Jahren hochwert. Möbelstücke, geschmiedet, gewalzt oder gegossen. Telefon: 118/119, Telegr.: Hadckerhäh.

BRIEFMARKEN: Ankauf, Verkauf, Tausch, Wortschätzungen. Merys, Mainz, Schillerstraße 13 (Pflanzamt)

FULLHALTER-MECHANDER sucht Arbeit in der Schweiz, null, selbst. arbeitend. Bitte in schriftl. Rep.-Arbeiten aller Systeme. Werkzeug, sowie größ. Mengen versch. Ersatzteile vorhanden. Politisch unbelastet. Bei persönl. Vorst. in Anford. erforderlich. Zuschrift. mit S.D. 427 an W.F.R.A. Werbegesellschaft, Frankfurt a. M., Silberstraße 2.

WILLY FOCKE - KARLSRUHE KAISERALLEE 41
BRIEFMARKEN
POSTFACH

Zum sofortigen Eintritt wird gesucht
Fakturistin
perfekt im Maschinenschreiben. Sich vorstellen Agency HAVAS, Konstanz, Kantelstraße 3.

BIETE mod. 4-Zimmerwohnung in Bad u. Zentralbldg. in Höhealage Stuttgart. Suche Bismarckhäuser (4-5 Zimmer) in Bad in Hohen. Gegen 500-700 Mark. od. Südwest. Anb. u. F. 1000 befr. ABE/Blatt, Anz.-Expd., Stuttgart-5, Tübingen Straße 78.

BUFFET-FRAULEIN, tüchtig in Park, 27 J., sucht Stellung. Angeb. an Maria Fuhr, Bismarckhäuser, Wegscheiderstraße 10, Stuttgart-5.

Briefmarkensammler!
Von dem neuen Satz sind die Werte RM. 2.- u. 1.- erschienen, die ich zum Preis von RM. 7,75 abgeben. Lieferung per Nachnahme möglich. Paris.

Nahrungsmittel-Fabrik (Nordfranz.) Zucht nicht unbedingt zuverlässige
Korrespondent
die in der Lage ist, umfangreiche Schriftwechsel nach kurzen Richtlinien selbstständig zu erledigen. Handschrift, Beweglichkeit mit Hdt. Unterlagen erlösen an Postfach Nr. 20, Litz-Ebels.

Lieferantenadressen aller Branchen und Zonen Hotel Adressenverlag Dr. Schwarz 14a ERENBERGSTRASSE WÜRZ. - Preisliste frei -

125 000 NEUE ADRESSEN aller Branchen, u. behördlicher Dienstleistungen amtlich. Preisliste frei. Kallenberg-Verlag, (234) Solingen-Ohlig.

SUCHEN IM TAUSCH Auswärtige und Schöne 4/50x10, 4/25x19, 4/75x17, 3/00x17. Gehe, Halbes, Maschinenfabr. Ostmetallagen, Kr. Solingen/W.

Briefmarkenschwinder! Aufklärung über die nicht unerschwinglichen Ausgaben, wie Berliner Briefe, Thüringer Briefe, sowie die alle auf geschickten Ausgaben von Auswärtigen der Sammlerarbeiten, erhalten Sie kostenlos geg. Rückporto. (134) Bad Königswinter, Postfach 154.

Briefmarken!
Ankauf
Tausch und
Schätzungen
Nachbewertung

Heinz Bohner
Spezialabteilung für
Ubersetz- und
Großhandels-Partner

München 38
Dall'Armistruja 29, Tel. 362608
Fachexpert der I. P. U.

THE INTERNATIONAL CORRESPONDENCE CLUB "JANNA". Manager: Carl Hirsch, Nienmehner Hamburg 36, Eplandstraße 38, vermittelt Ihnen für jedes Briefwechsel in Engl., Franz., Spanisch, Ital., sowie Esperanto und Altkirchenschrift. Lassen Sie sich Gedankenaustausch über alle Wissenschaften fördern. Sie Broschüre gegen Freinsendung.

Charakterbilder nach der Hand- schrift, auch von toten. Verschiedene Schriften, Briefe, Gedichte, graphologische Prosa mit 120. Preis 1,50 Mark, Bad Godesberg, Ullrichstr. 50

Fabrikations-Räume
300-1000 qm l. pharm. med. Fabrikation in der franz. Zone zu mieten od. zu kaufen gesucht. Anb. mit 1225 an Amt. Expd. Jäh, Vordelshof, Wupperthal-Alberthald, Hardtstraße 184.

SCHONHIT, JUGEND! Alle Gebelungen natürlich. Quellen, frisch, strotz. Jung zu sein. Schönheitsmannege zur Schatzanwendung. Unentgelt. Brieflich. Sonne-Institut, Kalmbach 149.

Für alle Transporte TRANSIT
Transportgesellschaft m. b. H. Konstanz, Lingg u. H., Weils, Hg. Linden 1. B., -Guthausen, Basel.

BRIEFMARKENSAMMLER! Gehe ab: Post-Zone, 13 W. konpl. RM. 100.-, 12 W. außer 10 Pfg. RM. 75.-, 3 W. RM. 2,50 Neue Einheitskarte, 13 W. konpl. RM. 8,15. Sowie Einzelwerte. Ferner Deutschland 1905-1923. Alles postfrei od. gegenpostl. C. L. Müller, (174) Altmanzwald-Baden.

Goldschmiedemeister und Gehilfen
Für interessierte Arbeiter bei Spitzen-Preisen gesucht. Angenehmes Arbeitsumfeld. Werbegesellschaft für Goldschmiedemeister von J. A. Wilmanns-Gesellschaft, Kettengasse 25

Nach dem Inkrafttreten der Verfassungen

(Fortssetzung von Seite 1)
sich über die zu bestimmenden, die die Militärregierung vorbehalten hat.
Der Sinn der Normalisierung der staatsrechtlichen und politischen Verhältnisse in den drei Ländern der französischen Zone wird durch nicht deutlicher als durch den Inhalt der Erklärung des Generals Koenig, und wir können nicht besser tun, als diesen Satz nochmals zu wiederholen: Diese neue Erklärung über die Befugnisse und Rechte der Landesregierungen unterstreicht die Wichtigkeit, die der französische Oberbefehlshaber der verfassungsmäßigen Verwaltung einräumt und beweist das Vertrauen, das er ihnen zur Durchführung ihrer Aufgaben, ihre Länder zu demokratisieren, schenkt, wie es ihm die Verfassungen zur Aufgabe machen.

Die amerikanische Protestnote zur Ungarnkrise

WASHINGTON, 13. Juni. — Die Regierung der USA hat dem sowjetischen Vorkomitee des alliierten Kontrollrats in Budapest, General Swiridow, am Mittwoch eine scharfe Note überreicht, in der eine Dreimächteuntersuchung über den Regierungswechsel in Ungarn gefordert wird. Gleichzeitig nahm das amerikanische Außenministerium zu den Vorgängen in Bulgarien Stellung, die als eine völlige Mißachtung der Jalta-Erklärung bezeichnet wird. Auch das britische Unterhaus beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Ereignissen in Ungarn und Bulgarien.
In der Protestnote der USA werden die sowjetischen Behörden einer Verletzung des Jalta-Abkommens und einer offenkundigen Einmischung in die politischen Angelegenheiten Ungarns beschuldigt. Die USA drohen, sich auf die Charta der UNO zu berufen und fordern eine sofortige Untersuchung der politischen Lage in Ungarn durch eine Dreimächte-Kommission. Die Note war vorher von der britischen Regierung gebilligt worden.
Die in scharfer Sprache gehaltene Note weist darauf hin, daß die USA und Großbritannien als Mitglieder beim alliierten Kontrollrat in Ungarn in klarer Verletzung der Statuten des Kontrollrats über die wahren Vorgänge in Ungarn völlig in Unkenntnis gelassen worden sind. Die Regierung der USA, so heißt es weiter, habe festgestellt, daß durch die Einmischung Sowjetrußlands in inner-ungarische Dinge eine Minderheit von nur 17 Prozent der Bevölkerung den ausgesprochenen Willen der Mehrheit des ungarischen Volkes für null und nichtig erklärt habe.

politischen Gegnern der bulgarischen Regierung die Handlungsfreiheit nehmen, bei der britischen Regierung die Befürchtung hervorgerufen haben, daß die bulgarische Regierung den noch verbleibenden Rest der Freiheit in ihrem Land auslöschten will.
Zu den Besprechungen Titos mit Grotzka
Diplomatische Beobachter in London sehen in den Besprechungen Marshal Titos mit dem rumänischen Premierminister Petru Grotzka einen leichten Schritt, um einen von Moskau inspirierten Plan zur Festigung der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten und zur Stärkung des sowjetischen Sicherheitsystems in Osteuropa durchzuführen, bevor die Rote Armee sich entsprechend der Balkan-Friedensverträge zurückziehen muß. Die Truman-Doktrin wird von Londoner Kreisen als weiterer Grund für die eigene Gestaltung der Beziehungen zwischen den Balkan-Ländern angesehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Balkan-Länder amerikanische Kredite und Warenlieferungen benötigen, um ihre großen Industrie-Programme durchführen zu können. Außerdem würden diese Länder im kommenden Jahr, falls sie erneut unter schächten Ernten oder Trockenheit zu leiden hätten, dringend Nahrungsmittel benötigen, die in erster Linie von den USA geliefert werden könnten.

AUSLAND

Tschechoslowakei

Um die Aufnahme deutscher Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund
PRAG, 13. Juni. — In den letzten Sitzungen des Weltgewerkschaftsbundes, der zur Zeit seine Vertreter in Prag versammelt hat, entstanden rege Diskussionen über die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund. An der Tagung nahmen bekanntlich auch fünf deutsche Delegierte teil.
Der französische Delegierte stellte in seiner Rede fest, daß kaum drei Jahre nach der Befreiung Frankreichs bereits über die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund beraten werde. Die französische Arbeiterklasse habe große Verluste erlitten, die nicht vergessen werden können. Wenn man auch nicht immer auf der Vergangenheit ruhen könnte, so müßte man jedoch seine Lehren aus derselben ziehen. Aber sollte die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Lage sein, Beweis ihres guten Willens zu liefern, dann ist die französische Delegation bereit, einen Resolutionsentwurf zur Frage der Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund zu billigen.
Der sowjetische Delegierte wies darauf hin, daß die deutsche Arbeiter durch die Hilfe, die sie Hitler gewährt haben, ihre historische Mission verraten hätten. Trotz allem müsse heute die deutsche Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden, denn sie stelle die stärkste demokratische Kraft in Deutschland dar. Wenn in allen vier Besetzungszone eine Einheitsgewerkschaft gebildet ist, so schloß der russische Delegierte, so ist die UdSSR bereit, der Aufnahme dieser Einheitsgewerkschaft in den Weltgewerkschaftsbund zuzustimmen.

Belgien

König Leopold politisch unbeteiligt
BRUSSEL, 13. Juni. — Die Kommission, die die politische Haltung König Leopolds von Belgien vor und während des zweiten Weltkrieges überprüfen sollte, hat in ihrem jetzt abgeschlossenen Bericht festgestellt, daß nichts Belastendes gegen den belgischen König gefunden worden sei, und daß keine der gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen aufrecht erhalten werden könne. Der offizielle Bericht der Kommission soll am Anfang der kommenden Woche veröffentlicht werden.

Vereinigte Staaten

Wallace will Präsident werden
LOS ANGELES, 13. Juni. — Der ehemalige amerikanische Vizepräsident und Handelsminister Henry Wallace wird nach Presseberichten innerhalb der nächsten zwei Monate als Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden. Wallace wird sich, so wird behauptet, in Kalifornien und mindestens einem Dutzend anderer Staaten als demokratischer Kandidat bei den Vorwahlen aufstellen lassen. Es sei bereits mit Wilson und Zustimmung der ehemaligen Vizepräsidenten ein Komitee gebildet worden, so heißt es weiter, das die Kandidatur von Wallace unterstützen will. Dieser lehnte es Wallace ab, zu diesen Berichten Stellung zu nehmen.

Wallace: Ungarnkrise Folge der Truman-Doktrin

NEW JERSEY, 12. Juni. — Die Truman-Doktrin war erneut das Ziel heftiger Angriffe des ehemaligen Vizepräsidenten und Handelsministers Wallace, der auf einer Pressekonferenz erklärte, daß die kommunistischen Staatsstreiche in Ungarn und Bulgarien direkte Folgen dieser Doktrin seien.

Charles Chaplin macht von sich reden

WASHINGTON, 13. Juni. — Vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus forderte der demokratische Abgeordnete Rankin die Ausweisung des Filmstars Charles Chaplin. Der Abgeordnete begründete diese Forderung damit, daß das Leben dieses Schauspielers in Hollywood auf das normale Gefüge Amerikas einen schädlichen Einfluß ausübe.
Chaplin lehnte es bisher ab, die amerikanische Staatsangehörigkeit anzunehmen, obwohl er schon seit dem Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten als Schauspieler tätig ist. Er besitzt die britische Staatsangehörigkeit. Besonders wegen seines letzten Filmes „M. Verbois“ ist er von der Gesellschaft unabhängiger amerikanischer Theaterbesitzer boykottiert worden.

Jugoslawien

Jugoslawien will mitarbeiten
LONDON, 14. Juni. — Die jugoslawische Regierung teilte der UNO mit, daß sie bereit sei, mit dem Ausschuss der UNO-Balkan-Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten, der gegenwärtig die Entwicklungen an der griechischen Grenze beobachtet. Die Weltöffentlichkeit hatte beschlossen, daß der Ausschuss solange an Ort und Stelle bleiben soll, bis der Bericht der Kommission geprüft ist. Jugoslawien erklärte sich bereit, freiwillig die Arbeit des Ausschusses zu unterstützen, bis der Weltöffentlichkeit ein endgültiger Beschluß gefaßt habe.

Kurzmeldungen

- PARIS — Zwischen Frankreich, den USA und England ist ein Vertrag zur Auslösung verschiedener Personen germanischer und slawischer Abstammung aus der amerikanischen und britischen Zone Deutschlands und Österreichs abgeschlossen worden.
BRUSSEL — Wie die Brüsseler Zeitung „Het Nieuw“ berichtet, sollen Film- und Theaterminister Ernest Bevin auf der Durchreise durch Belgien endlich seine Rückkehr von der Moskauer Konferenz getrieben werden sein.
ROM — Ein Sprecher des italienischen Außenministeriums erklärte am Montag, daß Graf Sforza heute in Mail London besuchen zu können.
ROM — Papst Pius XII. appellierte an eine Gruppe schwizer, belgischer und irischer Journalisten, ihres ganzen Einflusses gütig zu machen, um die Schwärze zwischen den Völkern abzubauen und nicht zu erhöhen.
BELGRAD — Der tschechoslowakische Kriegsminister General Ludwig Svoboda der Generalsstabchef, General Bohumir Hock, der Kommandeur der Luftstreitkräfte, Alois Vlasak und eine Anzahl anderer tschechoslowakischer Offiziere werden am Mittwoch in Erwiderung eines ähnlichen Besuchs jugoslawischer Offiziere in Belgrad eintreffen.
SOFIA — Wie der Moskauer Botschafter am Montag meldete, erklärten sich die bulgarischen Offiziere auf einer Tagung bereit, die Regierung der Vaterländischen Front zu unterstützen.
WIEN — Dr. Karlson, der stellvertretende Leiter der schwedischen Hilfsorganisation für Österreich wurde in seinem Auto auf der Fahrt von Freiburg nach Wien erschossen, während der ebenfalls in Wagen befindliche Leiter der Hilfsorganisation Dr. Aronow schwer verletzt wurde.
PRAG — Laut CTK wurde der internationale Zahnärzte-Kongress am Mittwoch in Prag eröffnet.
CAMBRIDGE — Dem britischen Außenminister Ernest Bevin und dem tschechoslowakischen Vizepräsidenten, Leoš Svoboda, wurde das Ehrenbürgerrecht der Universität Cambridge verliehen.
SEOUL — Die amerikanisch-sowjetische Korrelationskommission erzielte die Übereinstimmung über die Pläne zur Bildung einer provisorischen Nationalregierung in Korea.

Der Krieg ohne Kriegserklärung

NANKING, 13. Juni. Der Iljasch mongolischer Truppen in die Provinz Singkiang, der sich jetzt zu einem Ringen um die Hauptstadt der Provinz, Peitschan, entwickelt hat, wird nach einer AP-Meldung als ein Krieg ohne Kriegserklärung bezeichnet. Die chinesischen Truppen, die von den Amerikanern ausgebildet und ausgerüstet worden sind, stehen in heftigen Kämpfen gegen die von der UdSSR ausgebildeten und ausgerüsteten Truppen der Außenarmee.
Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte, daß das Ministerium über die Berichte von dem Eindringen mongolischer Truppen in Singkiang äußerst betroffen sei. Eine offizielle Aktion des chinesischen Außenministeriums ist nach den bisher vorliegenden Meldungen noch nicht erfolgt.
Die Stadt Peitschan ist nach letzten Meldungen geteilt von den mongolischen Truppen genommen worden, später aber wieder von den chinesischen Regierungstruppen zurückerobert worden. Die Stadt verleiht sich zur Zeit gegen weitere mongolische Angriffe, die von Flugzeugen mit sowjetischen Erkennungszeichen unterstützt wurden.

Die Gründe des Mongolenfeldzugs

Die Anlehnung sowjetischer Spionage-Tätigkeit in Nord-Singkiang wurde von einem Sprecher der chinesischen Zentralregierung als einer der Hauptgründe für den Einbruch mongolischer Streitkräfte in die Provinz Singkiang bezeichnet. In einem Distrikt der Provinz sollen sowjetische Agenten entdeckt worden sein, die ohne Genehmigung der chinesischen Behörden in der Provinz Singkiang nach Metallvorkommen forschten. Nach Versuchen, die russischen Agenten an der Ausführung ihrer Vorhaben zu hindern, sei eine Gruppe von mongolischen Soldaten in Singkiang eingedrungen, nach dessen Gefangennahme starke mongolische Truppenverbände von Norden und Süden her die Grenze überschritten hätten.

Die USA zur Lage in Bulgarien

In einer Erklärung des amerikanischen Außenministeriums zur gegenwärtigen Lage in Bulgarien und zum bevorstehenden Prozess gegen den Führer der bulgarischen Opposition, Nikola Petkoff, wird die starke Betroffenheit zum Ausdruck gebracht, die in den USA über die Vorgänge in Bulgarien herrscht. Wenn Petkoff wegen Verrat vor ein Gericht gestellt würde, so heißt es in der Erklärung, dann werde in den Augen vieler Bulgaren und sicherlich auch in der Meinung aller freiheitsliebenden Völker die gegenwärtige bulgarische Regierung vor Gericht stehen. Der Führer der Opposition sei ein rechtmäßig gewähltes Mitglied des bulgarischen Parlaments gewesen und seine Leihung der Opposition habe in den USA tiefe Sympathien erregt, weil er offen für die Weiterentwicklung der bürgerlichen Freiheiten in seinem Lande gekämpft habe.

Die USA zur Lage in Bulgarien

Weitere Mitglieder der Landwirte-Partei ausgeschlossen
BUDAPEST, 13. Juni. — Das politische Büro der Partei der Kleinrenten Landwirte in Ungarn hat die beiden ehemaligen Mitglieder der ungarischen Nationalversammlung, Lajos Nemed Hadju und Balint Szuri aus der Partei ausgeschlossen. Beide sollen mit dem ehemaligen Präsidenten der Nationalversammlung Bela Varga geflohen sein. Ferner wurde der Sekretär der nationalen Abteilung der Partei mit der Begründung ausgeschlossen, er hätte Propaganda gegen die Koalitionsregierung geführt.
Die ungarische Geheimpolizei hat nach neuesten Meldungen im Zusammenhang mit Unruhen über erneut angebliche Verschwörungen gegen die ungarische Republik weitere Verhaftungen vorgenommen.

Das britische Unterhaus zu den Balkanfragen

Außenminister Bevin erklärte zu den politischen Ereignissen in Bulgarien und Ungarn, daß die Verhaftung des Leiters der bulgarischen Opposition, Petkoff, und die Unterdrückung der letzten bulgarischen Oppositionsmeinungen sowie andere Maßnahmen, die den

Neuer Atomplan der Sowjetunion

NEW-YORK, 13. Juni. Vor dem Atomenergie-Ausschuss der UNO legte der sowjetische Delegierte, Gromyko, am Mittwoch einen neuen Plan zur internationalen Kontrolle der Atomenergie vor. In dem neuen Plan macht die Sowjetunion größere Zugeständnisse als bisher, lehnt jedoch weiterhin die Forderung der USA ab, die Atomenergie einer internationalen Verwaltung zu unterstellen.
Gromyko erklärte, daß die sowjetische Regierung über die langsame Fortschritte der Verhandlungen im Atomenergie-Ausschuss unzufrieden sei und deshalb folgendes neues Plan vorschläge:
1. Eine strenge internationale Kontrolle solle gleichzeitig über alle Betriebe geschaffen werden, die mit der Förderung von Rohmaterialien und der Produktion von Maschinen zum Zwecke der Atomenergie-Gewinnung beschäftigt sind.
2. Im Rahmen des Welticherheitsrates solle eine internationale Kommission zur Kontrolle der Atomenergie mit dem Namen „Internationale Kontrollkommission“ errichtet werden.
3. Diese internationale Kontrollkommission solle selbst eine Forschungsanstalt einrichten. Eine weitere wichtige Aufgabe, erklärte Gromyko, sei es, einen allgemeinen Nachrichtenaustausch unter den Nationen über alle Fragen der Atomenergie in die Welt zu leiten.
Der neue sowjetische Plan geht nach der Ansicht von Fachleuten in manchen Fragen über die ursprünglichen sowjetischen Vorschläge hinaus, ist aber noch weit vom Standpunkt der amerikanischen Regierung entfernt.

Winnung der Atomenergie zu studieren

Der sowjetische Plan sieht weiter vor, daß zum Gebrauch der Atomenergie für friedliche Zwecke jeder Staat das unbeschränkte Recht haben soll, Atomforschung zu betreiben und die internationale Kontrollkommission solle selbst eine Forschungsanstalt einrichten. Eine weitere wichtige Aufgabe, erklärte Gromyko, sei es, einen allgemeinen Nachrichtenaustausch unter den Nationen über alle Fragen der Atomenergie in die Welt zu leiten.
Der neue sowjetische Plan geht nach der Ansicht von Fachleuten in manchen Fragen über die ursprünglichen sowjetischen Vorschläge hinaus, ist aber noch weit vom Standpunkt der amerikanischen Regierung entfernt.

Die Stellungnahme der chinesischen Regierung

Die chinesische Regierung ist sich darüber im klaren, daß es sich bei dem Eindringen mongolischer Streitkräfte nach China nicht um einen gewöhnlichen Grenzverstoß handelt, erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Der Sprecher stellte fest, daß die chinesische Regierung die Sowjetunion als teilweise für den Angriff verantwortlich halte, lehnte es jedoch ab, die Verantwortlichkeit selber zu definieren, wie er auch einen Kommentar zu einer an die Sowjetunion gerichteten Note ablehnte.
Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nach einer Bekanntgabe des amerikanischen Außenministeriums eine Untersuchung über den gescheiterten Angriff auf die chinesischen Regierungstruppen in der Provinz Singkiang in Nordchina eingeleitet.
Der Generalstabchef der Truppen von Singkiang überreichte Generalissimo Tschiang Kai-Schek einen Bericht, in dem erklärt wird, daß der einzige Weg zum Frieden und zur Einheit in Singkiang der sei, den Angriffsbestrebungen der Sowjetunion entgegenzutreten und die Truppen in Ost-Turkestan zu entwerfen. Ferner ersuchte der General um die sofortige Verletzung der sowjetischen Truppen aus dem chinesischen Gebiet.
Nach den letzten Meldungen aus Singkiang dauern die heftigen Kämpfe bei Peitschan und etwa 300 Kilometer östlich der Provinzhauptstadt Tü We an. Flugzeuge, welche sowjetische Hubschrauber tragen, fliegen nach diesem Bericht die chinesische „Stellung“ an und werfen Bomben.

EIGENTUM U. MOBIL durch Selbsthilfe, Aufklärung durch Bau- und Möbelschnitt, Hamburg 11, Postfach 1209 Klempner befragen.

Lern Englisch und Französisch in amerikanischen und französischen Fernstudien. Sprachlehrer-Institut H. A. Plattner, (20) Frankfurt, Post 10

Briefmarken-Sammler!

25 versch. D-Bes-Gebiete RM 20,-, 40 versch. D-Abst. u. Bes-Geb. RM 30,-, 20 versch. Obersteiermarken RM 15,-, 50 versch. O.B. u. poln. O.B. RM 30,-. Neuhäuser-Becker-Abgabe gratis u. franko! Ankauf, Tausch, Verkauf, Fachliteratur! Preisverteilung RM 1,20 Versandp. E. M. Kuntze, Briefmarkenvertrieb, (16) Werra 1 94, seit 1928.

BAMBERGER BRIEFMARKEN-AUKTION (Sept. 1947) Einlieferungen werden laufend angenommen. Albrecht-Meyer, Bamberg, Poststraße 5.

Fenstral

relief Fenster ideal strahlend hell!
1. Isolierfenster Kleines Lappen mit „Fenstral“ und ohne damit über Glas
2. Polierfenster mit Isolierfenster, saubere Tuch, keine „Fenstral“ trocken!
Im Ne sind Ihre Fenster glanzvoll klar! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelpackungen und Dringern. Bitte geben Sie zum Einkauf eine weitere Platte mit
WAREN-NEUHEITEN aller Art Baden in Neuchâtelstr. Dr. S. W. W. (14) Klempner/Wilhelmsberg.

Gesichtshaare

Laberhaare, Wimpern, Mäntelchen, Hautunreinigkeiten usw. werden in modernsten u. schmerzlosen Verfahren L. Danner u. J. Wurzel entfernt. L. BORNEMANN, Kosm. Institut Sprachstraße in Ortenberg, Rheinstr. 18, jeden Freitag in Kassel, Niederwallstraße 3, jedes Montag in Kassel, Hebelstraße 71, jeden Dienstag u. Donnerstag in Bruchsal, Hebelstraße 27, pd. Mittwoch, jeweils v. 10-12 Uhr

BERNHARDT SINGEL, geb. am 10. 2. 1925 in Stuttgart, wird gesucht. Zuletzt in Karlsruhe an 7. 1. 1945 gesehen worden. Für jede kleine Auskunft werde ich sehr dankbar sein. P. Angewandte Kunst u. Neuhaus, Vomberg 23, Heilbronn-Land, Bld. 11pp.

TIERE UM TREUE! Altkind, geb. 1. März 1907 stirbt. Kaufmann u. Lehrer, Konstantin, hochbegabt, interessanter Persönlichkeit, wüßten, gutaussehend, nicht Wirkungskreis od. Interessenbereich bevorzugt u. Einzelwesen m. großbl. Lebensweise, Geld, Interessen sind sekundär. Angeb. an Kartekarte WVF 1923 (14) Heilbronn, Postfach 100.

IM DEZEMBER 1944 wählte die Leitzucht Pflanzl. Heter. Horn, Albert Bogenmann, geb. 5. 1. 23 in der Lehrerbildung einer Zweifachlehrer Schule. Der Lehrer sollte 6 Kinder und war von Beruf Kunstgewerbetler. Wer kann über den Verbleib des Hrn. Bogenmann oder über den Lehrer (persönliche Angaben nicht notwendig, die zur Auffindung des Herrn Bogenmann führen, werden belohnt. Angeb. mit Nr. 1946 an Edl. Anz-Kapell, Remagen, Alte Callenbachstraße 26 A.

NEUE SAARERBEI-MARKEN, stange Silber abgeben, sowie Karl Marx-Mark mit Karl Marx-Steinwängel v. 2. 5. 47, Zeichn. an Marie Wallert, (22) Tilsit, Postfach 1000.

ACHTUNG! ROCKKLEBER! Wer weiß etwas über Uta, Thea Stina, Feldp. Nr. 04208, zuletzt Geseh.-Führer einer Inf.-Geseh.-Kom. in der Normandie. Letzte Nachr. 4. 5. 44. — Um Auskunft bitte die Heister, Frau E. Stina, (17) Heilbronn, Karmelstraße 14.

HOCHFREQUENZ, technische Bücher, Ausgaben ab 1938, keine laufend. Angebote mit R.U. 4262 an WEFPA, Werbegesellschaft, Frankfurt a. M., Südrstraße 2.

HANDWERKER-BOCHER, Kauf von Schmelzmetallen, „Am Handwerker“ und andere Angebote mit. S. R. 4208 an WEFPA, Werbegesellschaft, Frankfurt a. M., Südrstraße 2.

Fayence - Bilder

Antiquitäten-Schwarz, Teppiche u. Möbel kaufen und verkaufen laufend. Antiquitäten-PAUL, KARLSRUHE, Waldstraße 29 gegenüber Romy.

GEBR. LUDWIG HUBER, Feldpost-Nr. 17 288/A, geb. 18. 6. 25 in Arbn. Letzte Nachr. v. 25. 2. 45 aus einem Pflanzgarten in Ungarn. Pen. Boller, Karlsruhe, Hebelstraße 1 A.

HANDELSVERTRETER mit sehr großer Prospektkenntnis sucht Verbindungen mit staatlichen Befugnisbesitzenden Firmen. H. Schube, Rappard u. Rhein (Frankfurt), Angerstraße 28.

LIEBE KINDESBILDCHEN, handgezeichnete, Verträge Sie Angebot von Thema Tral, (14) Ultingen u. Göttingen/Wipf.

Ein Ziel vor Augen. Alles Schwierigkeiten zum Trotz wird man es eines Tages erreichen!

das eigene Haus

die eigene Wohnung, das ist der Lohn für beharrliches Gemeinschaftsarbeiten. Sehen Sie Ihren Wunsch als Ziel, schließen Sie sich der Gemeinschaft der Freunde an. Schreiben Sie bitte an:
SdF Wüstenrot
die größte deutsche Sparkasse und gemeinnützige G.m.b.H. in Ludwigshurg/Wirt. Verlangen Sie den kostenlosen Wegweiser.

SCHWARZWÄLDER SILBERTANNEN-ZWEIFEL, kurz gerichtet, für Herzdruck, sowie Föhnmasagen, Fußwaschen, Befort bei Zubereitung von Verpackungen (Süde), Josef Schmittliller, (17) Trilberg (Schwarzwald), Bergstraße 40/5.

WELCHE INDUSTRIEFERMA sucht Vertretung, auch zur Auslieferungslager. für Nordwestdeutschland! Handelsvertreter Hubo, (23) Langenp.

KORRESPONDENZ stellt Vorkauf aller Art. Sie hat, a. B. Briefwechsel an, Ihre Verw. u. Bek. im Amt, gewide Paketen, oder Geschäftsbriefe, heißt Sie in allen Lebenslagen, übermündet, Aufträge aller Art, Frank. Umsätze u. RM. 1,- hoch. „Korrespondenz“, Willems-Leyen 1, Schließfach 88

Ungelegerte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt!

NOUVELLES DE FRANCE
DIREKTION - REDAKTION
ADMINISTRATION - ANZEIGEN
GRÜCKERS
Markstraße 4 - Ementz 2
Personenbuch Nummer 706
Abonnements in der französischen Zone bei allen Postanstalten
In der brit. u. amerik. Zone nur im Bundesland erhältlich
9. JULI 1947
Verwaltungsdirektor

LA SITUATION POLITIQUE

SUITE DE LA PREMIERE PAGE
faibles corporations. Il y a id, pour les deux grands partis de gauche, une source de soucis supplémentaires.

Il est également beaucoup question ce matin de la grève de vingt-quatre heures ordonnée pour aujourd'hui, vendredi, par le comité central des services publics. La résistance de nombreux fonctionnaires communaux à l'ordre de cessation du travail est interprétée le plus souvent comme montrant une certaine lassitude à l'égard de l'effervescence sociale qui se manifeste depuis un mois.

Les services essentiels seront d'ailleurs assurés et, de ce propos, il a été question à maintes reprises, au cours de la journée d'hier, du projet de réglementation du droit de grève dans les services publics et les industries nationalisées proposé par le Rassemblement des gauches et auquel le parti communiste a décidé de s'opposer.

Ce projet, qui a pour auteurs MM. Quenille et Claudius Petit, a pour objet de fixer les conditions en dehors desquelles l'exercice du droit de grève serait illégal dans les services pu-

blics et industriels, dont le fonctionnement continu est indispensable à la vie de la nation. Il précise que seuls seront qualifiés pour décider la grève les organes responsables des syndicats professionnels et que la décision de grève ne pourra être prise sans un scrutin secret préalable et à la majorité absolue.

Le bureau politique du parti communiste a décidé de s'opposer avec force à cette proposition présentée en vue de porter atteinte au droit syndical et au droit de grève solennellement reconnus par la Constitution de la République.

Les auteurs du projet ont répliqué que la Constitution n'était pas en cause puisqu'elle déclare dans son préambule que le droit de grève s'exerce dans le cadre des lois qui le réglementent et prévoit par là même la nécessité d'une législation dont les circonstances actuelles marquent la nécessité et l'urgence.

Enfin les incidences financières et économiques des augmentations accordées aux cheminots et aux personnels du gaz et de l'électricité de France, notamment, continuent à faire l'objet de nombreuses conversations, ainsi que le bilan hebdomadaire de la Banque de France.

On en déduit généralement que le gouvernement serait amené prochainement à demander une élévation du plafond des avances de la Banque à l'Etat, en prévision des lourdes échéances de juin et juillet.

M. Robert Schuman aurait d'ailleurs l'intention de combattre le gonflement probable de la circulation financière par des compressions de crédits et de nouvelles mesures fiscales. Le prochain Conseil des ministres aura sans doute à en délibérer.

La reprise du trafic ferroviaire est maintenant totale

On déclare à la S.N.C.F. que la reprise du travail ferroviaire est maintenant totale sur l'ensemble des communications.

A la gare de l'Est, où quelques hésitations s'étaient manifestées, le travail a recommencé et les trains circulent normalement.

LES TRANSPORTS DE REMPLACEMENT SONT SUPPRIMES

Dans un communiqué, le ministre des Travaux publics et des Transports fait savoir qu'en raison de la fin de la grève des chemins de fer, les dispositions qui avaient été prises quant aux transports de remplacement pour les voyageurs, en ce qui concerne les transports aériens sont supprimées.

En ce qui concerne les transports routiers, la gare routière des Invalides sera fermée à partir du 13 juin à midi.

Pour remercier les transporteurs routiers de l'effort accompli par eux, le ministre des Travaux publics et des Transports a décidé de prolonger les dérogations aux règles de la circulation jusqu'au dimanche 15 juin.

M. VERRILLIERS. — Le procès d'André Masson qui fut commissaire général aux prisonniers dans le gouvernement de Vichy a été reporté à une date ultérieure, le nombre des jurés n'ayant pas atteint le quorum demandé.

L'ASSEMBLEE NATIONALE POURSUIT la discussion du budget ordinaire

PARIS. — Débuté hier matin, l'Assemblée nationale a entendu une allocution de M. Ramadier sur la fin de la grève des cheminots et a poursuivi la discussion du projet de loi fixant les crédits du budget ordinaire pour 1947.

La séance est ouverte à 9 heures, MM. Robert Schuman, ministre des Finances et Marcel Rocard, ministre d'Etat sont au banc du gouvernement.

L'Assemblée adopte ensuite sans débat, en seconde lecture, et dans son texte primitif, une proposition de loi que le Conseil de la République avait modifiée et qui tendait à compléter l'ordonnance sur la validité des actes de spoliation accomplis par l'ennemi ou ses agents.

Le renvoi, pour avis, au Conseil économique de la proposition de loi de M. Lespès (M.R.P. Seine-et-Marne), tendant à soumettre au Parlement les directives générales de la politique économique, est ensuite ordonné.

L'Assemblée renvoie à la commission du travail une proposition de loi de MM. Quenille et Claudius Petit, tendant à réglementer l'exercice du droit de grève dans les services dont le fonctionnement ininterrompu est indispensable à la vie de la nation. Puis elle adopte la proposition de résolution déposée par M. Dulucq et les membres de la commission d'enquête sur la vie relative aux pouvoirs de cette commission.

ALLOCATION DE M. RAMADIER SUR LA FIN DE LA GREVE DES CHEMINOTS

Depuis quelques instants, le président du Conseil est venu prendre place au banc du gouvernement. Parfait de sa place, le président Ramadier fait la déclaration suivante :

« Depuis une demi-heure les trains circulent sur tous les réseaux français. Ce matin, vers cinq heures, un accord a pu intervenir entre les directeurs fédéraux des cheminots et le gouvernement.

Le président de l'Assemblée Nationale en son nom M. Ramadier et lui donne acte des paroles qu'il vient de prononcer.

LES CREDITS DU HAUT COMMISSARIAT A LA DISTRIBUTION

La discussion du projet de loi fixant les crédits du budget ordinaire pour

1947 (services civils) est ensuite reprise. L'Assemblée examine les dépenses prévues pour le haut commissariat à la Distribution.

Le directeur général l'occasion à M. Christian Pineau de traiter, à ce propos, l'ensemble de la question des dépenses.

Le ministre des Finances reconnaît le justesse de ses remarques, mais il indique brièvement les raisons particulières de l'indemnité aujourd'hui en question.

Le crédit est finalement rétabli dans son intégralité.

Sur le chapitre relatif aux centres d'habitat, M. Pierre Juge demande une réduction des 45 millions de crédits prévus.

M. Ramadier lui répond qu'il est difficile de reprocher à une administration ses mauvais placements, et il lui réduit les crédits destinés à assurer ses moyens d'action.

Les observations de ces divers orateurs ont amené le président du Conseil à faire à l'Assemblée plusieurs déclarations intéressantes.

A Mme Chastilla qui demandait une étroite collaboration de l'administration avec les comités d'assainissement, la réaction de la « paperasserie » et qui critiquait vivement, aux exclamations ironiques de la droite « un diable qui jusqu'ici n'a rien donné satisfaction », le président du Conseil a répondu :

« Le rationnement est indispensable dans un certain nombre de cas. Qui donc voudrait par exemple prendre la responsabilité de supprimer celui du pain ? Nos méthodes d'organisation ont peut-être imperfections et polichinelles, elles sont cependant nécessaires. Ce ne sont pas les comités d'assainissement des villes, livrés à leurs seules forces ni les vœux et les manifestations de bonne volonté qui suffiront à mettre de l'ordre. Il faut aussi une réglementation qui assure le contrôle et la surveillance.

M. Henri Thémier demande que les crédits relatifs à la marque de montres soient réduits de 25.000.000 de fr. La commission, quant à elle, se borne à solliciter de la Chambre une réduction de 175.000.000 de fr. de cette dépense.

Le président du Conseil indique que la marge de manœuvre vient d'être reléguée de 67,38 à 125 francs.

L'Assemblée repousse par 417 voix contre 184 sur 601 votants la réduction proposée par M. Thémier et adopte pour le chapitre 701, le somme de 12.410 millions demandée par la commission.

L'ensemble des crédits du haut commissariat à la Distribution se trouvant adopté, l'Assemblée aborde l'examen des crédits affectés au ministère de l'Agriculture.

M. Pierre Abelin (M.R.P.) rapporteur spécial, analyse le cahier de crédits soumis à l'Assemblée, énumérant un certain nombre de critiques de détail sur les différents chapitres du projet et justifiant les modifications proposées par la commission.

La séance est levée à 12 h. 15.

UN INCIDENT

Elle reprend au début de l'après-midi sous la présidence de M. Max Lejeune, MM. Robert Schuman et Tanguy-Prigent sont au banc du gouvernement.

La formalité de l'adoption du procès-verbal de la séance du matin soulève un léger incident. M. Fajon (comm.) protestant contre une parole qui aurait été prononcée par M. Pierre Juge au cours d'une séance antérieure.

M. Fajon demande que M. Juge apporte la preuve de cette accusation et déclare que de tels propos sont inadmissibles. Il pose en outre la question de leur insertion au « Journal officiel ».

M. Max Lejeune fait remarquer à M. Fajon que ces observations auraient dû être faites lors de l'examen du procès-verbal de la séance à laquelle elles s'appliquent. Il ajoute que si le président, ce jour-là, avait entendu de telles paroles, il serait certainement intervenu. Au surplus, ce qui concerne la reproduction des débats au « Journal officiel », il est de règle qu'elle soit exacte jusque dans les détails. Puis il déclare l'incident clos.

Le président indique qu'il a été saisi d'une proposition de résolution de M. Binot (socialiste, Seine-Inférieure) demandant que l'abattement de 7 % ne porte pas sur le budget de l'Education nationale. La commission compétente s'est prononcée en faveur de cette proposition. Mais M. Christian Pineau en demande le renvoi devant la commission des finances.

LES CREDITS DE L'AGRICULTURE

L'ordre du jour appelle la suite de l'examen des chapitres du budget de l'Agriculture.

S'élevant contre le rétablissement de certains crédits, M. Desjardins (P.R.L.) demande au ministre de se montrer ferme au moment, dit-il, « M. Robert Schuman vient d'annoncer dans un communiqué de nouvelles mesures financières rigoureuses ».

Le ministre des Finances tient à préciser qu'aucun communiqué de la presse n'a été publié sur ce point.

Après une intervention de M. Gabelle (M.R.P., Loiret) et Lambert (communiste, Bouche-du-Rhône), les crédits pour la reconstruction agricole de certaines régions naturelles qui avaient été réduits sont finalement rétablis.

Répondant à une question de M. Soumaine (P.R.L., Loire-Inférieure), M. Tanguy-Prigent précise qu'un concours général agricole aura lieu à Paris en 1948.

M. Pineau tire ensuite la conclusion que deux séances de la journée.

« Je tiens à souligner, dit-il, la haute tenue de nos débats. La félicité des orateurs s'est abstenue de cette intervention démagogique qui alourdissait les discussions budgétaires d'avant guerre. »

STRAZBOURG. — Le cour d'appel de Colmar a débouté l'administration des domaines, qui avait fait appel et a réabrogé Baguet dans ses droits de propriétaire des terres de Maltot.

Les responsabilités dans la rébellion MALGACHE SE PRECISE

PARIS. — Certaines précisions sont maintenant données sur les origines des événements de Malgache.

La thèse de l'accusation est que l'insurrection a été déclenchée à la suite d'une réunion du bureau du M.D.R.M. tenue le 27 mars sous la présidence du député Ravanamanjary. L'ordre d'attaque a été lancé par un télégramme adressé à toutes les sections M.D.R.M. de l'île, télégramme rédigé en langage convenu, sous la forme d'un appel au calme.

Le député Rasoeta donna son accord par une dépêche de Paris portant à la fin le mot « union », qui signifiait « accord ». Le lendemain, la rébellion commença dans la circumscrittion de M. Ravanamanjary ; tous les responsables M.D.R.M. pris en flagrant délit furent arrêtés. La rébellion échoua dans les autres régions, la police étant prévenue.

Une liste trouvée sur l'un des inculpés fait connaître que tous les députés, sans distinction politique, devaient être assassinés dans la nuit du 28 au 30 mars. Toutes les personnes arrêtées reconnaissent avoir été parés les instructions de la rébellion et signèrent une déclaration.

La version des accusés est que les revêlus a été le fait d'éléments extrémistes du M.D.R.M., que la réunion du bureau du parti, toute pacifique, était consacrée à la préparation des élections, enfin que les déclarations ont été arrachées par les services aux accusés.

A cet égard l'accusation riposte que les signatures des déclarations, écrites d'une main ferme, ne semblent pas avoir été tracées sous le coup de la menace.

LES CONSEILLERS DE LA REPUBLIQUE MALGACHES INCULPES SERONT INTERROGES SUR PLACE

La commission chargée d'examiner la demande en autorisation de poursuites contre MM. Ravanamanjary, Soussa et Rasoeta, conseillers de la République, s'est réunie hier après-midi sous la présidence de M. Sarrien (G.R.).

Elle a décidé par 5 voix contre 1 d'envoyer à Madagascar une délégation de deux membres qui seront chargés d'entendre les 3 conseillers inculpés. Par 4 voix contre 1 et une abstention, elle a décidé de « joindre au fond » la proposition de résolution de M. Villard (communiste) tendant à « inviter le gouvernement à prendre d'urgence toutes dispositions utiles afin que les conseillers de la République faisant l'objet d'une demande de levée d'immunité parlementaire puissent venir s'expliquer devant leurs collègues ».

La commission a décidé de réserver sa position à ce sujet jusqu'au retour de la délégation.

LE DEPUTE RABITA SERA TRANSFERE A MADAGASCAR

Par ailleurs et en dépit de ses oppositions, le député malgache Rabita, arrêté le 5 juin, va être transféré à Madagascar, le juge d'instruction de Tananarive, M. Verger, ayant maintenu télégraphiquement son mandat.

Au Conseil de la République

PARIS. — Le Conseil de la République a siégé jeudi après-midi sous la présidence de M. Gaston Messerville.

Un certain nombre de propositions de résolution ont été examinées et adoptées. La première de M. Leuret (M.R.P., Gironde) invite le gouvernement à procurer d'urgence aux médecins, chirurgiens, sages-femmes, assistantes sociales et orthopédistes les moyens de transport nécessaires à l'accomplissement de leur mission sociale.

La seconde proposition tend à modifier la législation relative aux inhumations et transports de corps en vue de faciliter la pratique

de la héralpédie susceptible de rendre la vie à un bon nombre de malades.

A été également adoptée une proposition de Mme Devaud (P.R.L.) invitant le gouvernement à prolonger le bénéfice de l'allocation familiale à tout enfant placé en apprentissage ou poursuivant ses études.

GRENOBLE. — Pierre Feytaud, arrêté en vertu d'un mandat d'arrêt, s'est suicidé au cours de son interrogatoire en l'emparant d'un revolver et dans un placard ouvert et on se tirant une balle en travers.

Mais à cette réunion, Jean Paulhan et Thierry Maulnier étaient absents. On sait quelle terrible dialectique les habite tous deux. Et le scrutin pourrait être précède malgré tout de quelques joutes oratoires.

LES SPECTACLES

Les Parisiens ont pour leur soirée un choix varié de spectacles. A partir d'aujourd'hui, le « Mirmidon » occupe le théâtre de l'Odéon. Le spectacle débute par « Le ménage de Caroline », une bouffonnerie mélancolique située dans une fête foraine de banlieue, la nuit. « Hop Signor », la seconde pièce, est un drame de Michel de Ghelderode, l'un des dramaturges les plus importants de Belgique, qui se situe dans les Flandres au début de la Renaissance.

Mme Lily Foss, toujours souffrante, l'Opéra a dû reporter la représentation de « Lucia di Lammermoor » et affiche la « Damnation de Faust » qui bénéficie d'une importante distribution : Mme Suzanne Juyé, MM. Charles Froyval, Roger Bies, Philippe, etc. Au pupitre : M. Louis Fourester.

nière heure... dernière heure... dernière heure... der

LA JOURNEE A PARIS

La grève d'avertissement des services publics communaux est effective aujourd'hui dans toute la France, mais les services de sécurité sont assurés, le personnel de la police et les pompiers, entre autres, restant à leur poste. Les adhérents à la C.F.T.C. ne participent pas à la démonstration, estimant que les négociations avec le gouvernement ne sont pas terminées et qu'il n'y a pas de consultation à bulletin secret.

DANS L'INDUSTRIE PRIVEE D'autre part, dans l'industrie privée, le travail n'a pas repris à l'Aire Liquide, malgré une demande du syndicat des métallurgistes, qui s'inquiète des conséquences de cette grève pour leur corporation.

LA DEMISSION DU SECRETAIRE GENERAL ADJOINT DE LA S.F.I.O. Sur le plan politique, le seul événement important est la démission de M. Yves Duchéne de ses fonctions de secrétaire général adjoint du parti S.F.I.O. C'est, à n'en pas douter, une conséquence de la crise des Jeunes socialistes. M. Duchéne a à certainement voulu protester à la fois contre la dissolution de celui-ci et contre le refus de convoquer, avant le 15 août, le congrès national S.F.I.O.

LE PRIX DES CRITIQUES Grand événement littéraire, ce vendredi 13, le « Prix des Critiques » va être décerné. Il avait été remis pour que le jury puisse être au complet. Armand Hoog est revenu spécialement d'Autriche, Emile Henriot d'Algérie, Marcel Ariand d'Allemagne et Gabriel Marcel de Belgique. Et ceux qui devaient partir aujourd'hui ont re-

cué leur départ de vingt-quatre et de quarante-huit heures. La dernière réunion de discussion n'avait pas révélé de nouveaux « cracks ». Les chances se partagent entre le poète Henri Thomas, Julien Blanc, Paul Gaudin, Marcel Lebosque. En dépit de l'opinion de M. Bardèche, à qui quelques membres influents reprochent la dédicace de son ouvrage à Robert Brasillach, qui était son beau-frère, et certain chapitre intitulé, « L'épuration en 1916 », on ne pense pas qu'il sera besoin cette fois-ci de cette tour de scrutin pour désigner le lauréat.

Mais à cette réunion, Jean Paulhan et Thierry Maulnier étaient absents. On sait quelle terrible dialectique les habite tous deux. Et le scrutin pourrait être précède malgré tout de quelques joutes oratoires.

LES SPECTACLES Les Parisiens ont pour leur soirée un choix varié de spectacles. A partir d'aujourd'hui, le « Mirmidon » occupe le théâtre de l'Odéon. Le spectacle débute par « Le ménage de Caroline », une bouffonnerie mélancolique située dans une fête foraine de banlieue, la nuit. « Hop Signor », la seconde pièce, est un drame de Michel de Ghelderode, l'un des dramaturges les plus importants de Belgique, qui se situe dans les Flandres au début de la Renaissance.

Mme Lily Foss, toujours souffrante, l'Opéra a dû reporter la représentation de « Lucia di Lammermoor » et affiche la « Damnation de Faust » qui bénéficie d'une importante distribution : Mme Suzanne Juyé, MM. Charles Froyval, Roger Bies, Philippe, etc. Au pupitre : M. Louis Fourester.

30 prisonniers sont amnistiés en Palestine

JERUSALEM. — Une trentaine de prisonniers juifs et un nombre encore inconnu de prisonniers arabes ont été amnistiés par le gouvernement palestinien à l'occasion de l'anniversaire du roi d'Angleterre.

La plupart des amnistiés juifs sont des membres de la « Haganah ».

Trois bâtiments de l'U.S. Navy en rade d'Alger

ALGER. — Trois bâtiments de l'escadre américaine actuellement en manœuvres en Méditerranée séjourneront prochainement en rade d'Alger. Ce sont les croiseurs « Fargo », « Huntington » et « Houston » qui arriveront le 18 juin. Les trois bâtiments resteront en rade jusqu'au 21 juin.

Les Oiseaux essais de l'Oiseau bleu

LONDRES. — Sir Malcolm Campbell a effectué les premiers essais de son canot à moteur « Oiseau bleu ».

L'engin, propulsé par un moteur à réaction, a réalisé la vitesse de 70 milles à l'heure. Le pilote, qui n'a pas voulu pousser davantage la vitesse avant d'avoir apporté à son canot quelques modifications de détail, s'est déclaré très satisfait de ses premières expériences.

Des ossements humains découverts à Aulnat

CLERMONT-FERRAND. — Des soldats, occupés à creuser des tranchées près du camp d'aviation d'Aulnat, ont mis au jour des ossements humains.

Le parquet averti a fait procéder à des fouilles qui ont permis jusqu'à présent de reconnaître les ossements de sept corps. Aucun indice n'a permis d'identifier les cadavres. Six des victimes semblent être des hommes jeunes, le septième serait un homme d'âge mûr.

Déclaration du commandant des forces aériennes américaines

KNOXVILLE (Tennessee). — « La plus importante armée aérienne du monde capable de porter la guerre sur le territoire ennemi est la meilleure garantie de paix pour les Etats-Unis », a déclaré le général Georges Kenney, commandant des forces aériennes stratégiques américaines, devant un groupe d'anciens combattants.

Il a ajouté que si une prochaine guerre avait lieu, les Etats-Unis disposeraient, de quelques heures pour répondre à l'attaque. « Des bombes se trouvent actuellement à huit heures de chez vous, si-t-il dit, mais aucun agresseur ne nous attaquera si nous pouvons nous défendre nous-mêmes, mais nous désirons l'ennemi en représailles. »

NOUVELLES BREVES

BAGDAD. — En Irak, six membres du comité de libération nationale et deux journalistes ont été condamnés à des peines de prison pour propagande communiste.

NANCY. — Les nommés Maurice Collin et Maurice Mathieu qui avaient été condamnés à mort par la cour de justice de Nancy en octobre 1945 ont été graciés par les armées.

Le cardinal Gerlier, primat des Gaules, a célébré une messe au collège Assomption, de Worcester, en présence d'environ 1.500 personnes à qui il a demandé de « restaurer leur catholicisme ».

INTERLAKEN. — Un avion militaire s'est écrasé au sol près d'Interlaken. Le pilote a été tué, l'accident s'est produit à la suite d'une panne de vitesse peu de temps avant l'atterrissage.

MOSCOW. — Le radio soviétique annonce que le président du Soviet suprême de l'U.R.S.S. a décidé de remplacer, pour raison de santé, M. Loulou, ministre de l'Industrie légère, par M. Nicolas Tchemourov.

TRONCH. — Une bagarre s'est produite entre plusieurs détenus de la maison d'arrêt. L'un d'eux, frappé à coups de sabot, a succombé à la suite d'une fracture de crâne.

BUDAPEST. — Au cours d'une entrevue qu'il a eue avec les chefs du gouvernement hongrois, le chargé d'affaires britannique M. A. E. Hottel a déclaré que son gouvernement n'aurait accepté les événements de Hongrie.

PARIS. — Un représentant du ministre des Affaires étrangères français avait déclaré au correspondant du journal hongrois « Nepszava Anonim » que le gouvernement français considérait la crise hongroise comme une simple affaire de politique intérieure.

WELLINGTON. — Le correspondant du « Daily Graphic » en Nouvelle-Zélande, assure que la Grande-Bretagne met sa part dans ce pays une armée aérienne presque aussi efficace que la bombe atomique.